

«Jenseits der Hintertür beginnt die Hölle»

Brad Smith, die Nummer zwei bei Microsoft, über Spionagemöglichkeiten in der eigenen Software, staatliche Cyberangriffe und die Risiken elektronischer Volksabstimmungen



«Wir kämpfen damit, dass Cyberangreifer immer potenter werden»: Brad Smith bei seiner Rede vor der UNO letzten Donnerstag in Genf

Foto: Keystone

Barnaby Skinner

Im Frühling veröffentlichte die Whistleblower-Plattform Wikileaks Daten, die zeigen, dass US-Geheimdienste unter anderem Microsoft-Software gehackt haben. Es bestanden Zweifel, ob die Dokumente echt sind. Sind sie das?
Auch wir haben festgestellt, dass solche Cyberwaffen hergestellt wurden, einerseits vom US-Auslandsgeheimdienst CIA und andererseits von der NSA, der nationalen Sicherheitsbehörde der USA. Diese Software wurde offenbar von Dritten gestohlen. Dann wurde sie für die weltweiten Cyberangriffe wie Wannacry und Not-Petya verwendet, die wir dieses Jahr erlebt haben.

Sie meinen die Hackerattacken vom vergangenen Mai, die Patientendaten verschlüsselten und in Grossbritannien viele Spitäler ins Chaos stürzten?

Richtig. Die britischen Gesundheitsbehörden haben die Sicherheitslöcher mittlerweile gestopft.

In der Vergangenheit haben grosse Technologiefirmen in den USA mit Geheimdiensten zusammengearbeitet und ganz bewusst Hintertüren eingebaut, damit CIA oder NSA Nutzer ausspionieren konnten. Haben Sie damit aufgehört?
Ja. Jenseits der Hintertür beginnt die Hölle. Wenn Unternehmen solche Hintertüren für Geheimdienste in ihre Software einbauen, verlieren sie ihre Glaubwürdigkeit. Darin sind sich Technologiefirmen schon lange einig. Das heutige Problem liegt deshalb nicht mehr daran, dass Unternehmen mit Geheimdiensten zusammenarbeiten. Sondern darin, dass Regierungen technologisch so fortgeschritten sind, dass sie selber Sicherheitslücken unserer Produkte entdecken können und uns diese Sicherheitslücken nicht mitteilen. Das tut selbst die eigene Regierung nicht. In unserem Fall die USA.

Sie vergleichen Cyberwaffen mit Atombomben und forderten am Donnerstag in einer Rede bei der

UNO in Genf eine digitale Genfer Konvention. Was versprechen Sie sich davon?

Es sollte klare internationale Regeln geben, die es Regierungen verbieten, IT-Systeme von Zivilisten anzugreifen, von Spitälern zum Beispiel, Stromnetze oder Wahllokale. Solche Regeln gibt es heute nicht.

«Der Angriff hat uns gezeigt: Hinter Cyberattacken stecken zunehmend Staaten»

Attacken auf Spitäler sind bereits eine Realität. Fühlen Sie sich dafür verantwortlich, wenn etwa Patienten in britischen Spitälern kurzzeitig nicht gepflegt werden können, weil Microsoft-Software erfolgreich gehackt wurde?

Natürlich ist es unsere allererste Aufgabe, Nutzer zu beschützen. Als bekannt wurde, dass am 12. Mai dieses Jahres wegen der Wannacry-Attacke auf die Daten von 6912 britischen Patienten nicht zugegriffen werden konnte, dann geht uns das alle etwas an. Aber hätten die britischen Gesundheitsbehörden ihre Software konsequent aktuell gehalten, wäre der Angriff nie passiert. Das ist durchaus mit einem Autofahrer zu vergleichen, der sich nicht angurtert. Doch der Angriff hat uns auch etwas anderes gezeigt: Hinter Cyberattacken stecken zunehmend Staaten.

Es ist noch nicht restlos geklärt, wer hinter dem Angriff steckt. Sind Sie sich sicher, dass ein Staat dafür verantwortlich war?

Es deutet wirklich alles darauf hin, dass Nordkorea den Angriff orchestrierte. Infiltriert wurden weltweit 200 000 Computer, auf einen Schlag. Ich gehe sogar so weit, die Wannacry-Attacke als grössten koordinierten Angriff eines

Staates in der Geschichte der Menschheit zu beschreiben. Und das Problem dabei: Nach heutigen Gesetzen ist nicht klar, ob solche Attacken überhaupt unter internationales Recht fallen. Dieses Problem müssen wir lösen.

Es wird oft gewitzelt, dass es nur zwei Bereiche gibt, die Fehler im Produktdesign nicht bestrafen: Religion und Software. Sollten Firmen wie Microsoft nicht mehr Verantwortung übernehmen?

Wir geben jährlich eine Milliarde US-Dollar aus, um unsere Sicherheit zu verbessern. Wir haben 3500 Ingenieure, die sich täglich nichts anderem widmen. **Kann sich ein kleines Land wie die Schweiz überhaupt gegen die riesigen Cyberarmeen von Russland, China oder den USA schützen?**
Es geht bei Cyber-Security weniger um Grösse, sondern darum, wie fortgeschritten die eigene Technologie ist. Und die Schweiz ist in der Nutzung von Informationstechnologien sehr fortgeschritten. Sie hat Branchen, die sich mit Sicherheit sehr gut auskennen. Ich denke da an die Banken oder die Versicherungen. Und nochmals: Wer heute die bereits existierenden Schutzmechanismen richtig einsetzt, der wird nicht gehackt.

Nichtsdestotrotz ist die Schweiz erst kürzlich durch zwei Attacken auf die Waffenfirma Ruag und auf das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungs-

schutz und Sport aufgeschreckt worden. Haben die Verantwortlichen die Technologie falsch eingesetzt?

Das möchte ich nicht sagen. Wir kämpfen heute alle damit, dass Cyberangreifer immer potenter werden. Das hat damit zu tun, dass gewisse Staaten Software als Waffe entdeckt haben.

Was halten Sie von E-Voting. Sollte die Schweiz darauf setzen?

Man muss sich sicherlich zuerst fragen, ob das bestehende Wahlsystem nicht bereits bestens funktioniert.

Tut es.
Dann muss sich das Land weiter fragen, ob elektronische Wahlen das System verbessern könnten und ob allfällige Verbesserungen die Risiken aufwiegen. Denn diese bestehen. Ich bin ganz sicher nicht in die Schweiz gekommen, um dem Land zu empfehlen, auf elektronische Wahlen umzusteigen.

Wie schlägt sich die Trump-Regierung in Sachen Cybersicherheit?

Mit der Einwanderungspolitik sind wir nicht einverstanden. Wir brauchen frische, gescheite Köpfe aus anderen Ländern, um als Firma weiterzukommen. Aber hinsichtlich Cybersicherheit ist Trump mit uns einig. Das Thema ist im 21. Jahrhundert sehr wichtig.

Wo Sie sich ebenfalls mit Trump einig sind: Steuerfragen. Sie glauben wie Trump, dass sich das US-System ändern müsse, damit US-Firmen nicht in Steuerparadiese flüchten. Korrekt?

Sie sprechen die kürzlichen Enthüllungen der Paradise Papers an. Soweit ich informiert bin, taucht Microsoft darin nicht auf. Aber das weltweite Steuersystem muss modernisiert werden, in den USA besonders. Seit 1961 gilt in den USA ein Steuergesetz, wonach alles versteuert werden muss – nicht nur das, was im Land verdient, sondern auch das, was ausserhalb der USA verdient wird. Das führt dazu, dass viele US-Firmen dafür sorgen, ihre Profite nie ins Land gelangen zu lassen. Das fördert die Entstehung von Offshore-Steuerparadiesen.

Fakten-Check

Gottesurteile waren ziemlich clever

Erinnern Sie sich an die absurde Szene in Monty Pythons «Die Ritter der Kokosnuss», in der die Bauern mittels Gottesurteil herausfinden wollen, ob eine Frau eine Hexe ist? Das Gottesurteil erlebte seine goldene Zeit vom 9. bis 13. Jahrhundert, als mittelalterliche Richter damit schwierige Kriminalfälle entschieden. Der Angeschuldigte musste einen Stein aus einem Kessel kochend heissen Wassers holen oder ein glühendes Eisen tragen. Wies er Brandwunden auf, war er schuldig. Oder er wurde gefesselt ins Wasser gelegt; ging er unter, war er unschuldig. Gott kennt die Wahrheit und wird den Unschuldigen vor Verbrennungen bewahren oder ihn untergehen lassen.

Was für eine verrückte Idee! Heute können wir über die Dummheit und den Aberglauben der Leute im finsternen Mittelalter nur noch den Kopf schütteln. Der Ökonom Peter Leeson wollte es genauer wissen. Er untersuchte Aufzeichnungen von Gottesurteilen in England und Ungarn. Das überraschende Resultat: Die allermeisten Fälle endeten mit einem Freispruch. Wie durch ein Wunder verbrannten sich die Angeschuldigten nicht und gingen ins Wasser unter. Wie war das möglich? Da die Menschen sehr gläubig waren, konnte der Richter davon ausgehen, dass nur Unschuldige die Folter auf sich nehmen würden. Das vorgeschriebene, kirchliche Ritual verschaffte dem Priester einen grossen Spielraum, den Ausgang des Prozesses zu beeinflussen. Er konnte das Wasser oder das Eisen abkühlen lassen und die Hände erst nach ein paar Tagen begutachten. Er schickte nur dünne Männer, die er davor noch fasten liess, zum Tauchtest, aber nie Frauen. Diese haben einen höheren Körperfettanteil und gehen deshalb nicht unter.

Richter hatten nicht viele Möglichkeiten, die Schuld oder Unschuld eines Verdächtigen zu prüfen, wenn es keine Tatzeugen gab. Den Glauben auszunutzen, um unter schwierigen Umständen Gerechtigkeit herzustellen, war nicht dumm oder barbarisch, sondern ausserordentlich clever. Mit dem Glauben schwanden dann aber auch die Gottesurteile.



Armin Müller ist Mitglied der Chefredaktion

Fragen und Anregungen bitte an armin.mueller@sonntagszeitung.ch

Anzeige



Pensionskasse für KMU

Mächtiger Jurist

Brad Smith, 58, arbeitet seit 1993 bei Microsoft und amtiert seit 2015 als Firmenpräsident und Chefjurist. Er gilt als die Nummer zwei hinter dem Konzernchef. Smith sitzt auch im Verwaltungsrat des Dienstes Netflix. Die «New York Times» bezeichnet ihn als wichtigen «Botschafter der Tech-Branche». Laut «National Law Journal» ist er einer der 100 einflussreichsten Anwälte der USA. (bsk)